



N i e d e r s c h r i f t

über die 7. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung in der Wahlperiode 2023/2027 am 23.01.2024

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:36 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Dr. Hammann
Frau Stadtverordnete Ruser
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Frau Stadtverordnete Kargoscha
Frau Stadtverordnete von Twistern

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Brinkmann
Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Stadtverordnete Schiller

AfD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Miholic

Entschuldigt:

Frau Stadtverordnete Brand (DIE LINKE)
Frau Stadtverordnete Knorr (Einzelstadtverordnete)

Schriftführung: Herr Littmann
Frau Korte

Weitere Teilnehmende:

Verwaltung: Herr Thiele (Rechnungsprüfungsamt)
Frau Grafelmann (Rechnungsprüfungsamt)
Frau Behr (Rechnungsprüfungsamt)
Herr Raether (Rechnungsprüfungsamt)
Frau Weigt (Rechnungsprüfungsamt)
Frau Zierenberg (Rechnungsprüfungsamt)
Gesamtpersonalrat: Frau Hansing
Personalrat AVD: Herr Schildt

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tischvorlage liegt vor:

TOP 1.1 - Einwohnerfragestunde	Einwohnerfrage H. L. - Sind die Stadtverordneten an Verfassung und Geschäftsordnung gebunden?	V+G/VGB 19/2024
-----------------------------------	--	--------------------

Weitere Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Ausschuss ist mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden.

1. Einwohnerfragestunde

1.1. Einwohnerfrage H. L.- Sind die Stadtverordneten an Verfassung und Geschäftsordnung gebunden? - Tischvorlage V+G/VGB 19/2024

H. L.: Fühlen sich die ehrenamtlich tätigen Stadtverordneten an die Statuten gebunden, aus Geschäftsordnung und Stadtverfassung der Stadt Bremerhaven, durch ihr Handeln im Parlament Schaden von allen Einwohner fern zu halten damit jeder in der Lage ist den persönlich erarbeiteten Lebensstatus zu halten?

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN: Die heute gestellte Frage ist eine sehr persönliche Frage, welche ich hier und heute nicht beantworten werde. Ich mache Sie zudem darauf aufmerksam, dass Fragen dieser Art, Sie hatten bei der letzten V&G-Sitzung bereits eine ähnliche persönliche Frage gestellt, künftig von mir zurückgewiesen werden. In § 43 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung ist klar geregelt, dass ein Ausschuss zu Beginn einer ordentlichen öffentlichen Sitzung Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit einräumen muss, Fragen zu Beratungsgegenständen und anderen Angelegenheiten der Stadt zu stellen, soweit diese in seinen Zuständigkeitsbereich fallen. Die heutige Frage betrifft weder einen Beratungsgegenstand noch andere Angelegenheiten der Stadt.

H. L.: Wann wird der damals einstimmig erzielte Beschluss aus der 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27. Oktober 2016 umgesetzt? Die Umsetzung stand auch in der KOA-Vereinbarung 2019-2023. Hintergrund ist, dass der bis heute nicht umgesetzte Beschluss zu einem aktuell exorbitanten Vermögensverlust bei den Immobilien in Grünhöfe, größtenteils in Wulsdorf und in Geestemünde führt.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN: Ich kann diese Frage nicht ad hoc beantworten. Ich werde diese Frage bis zur nächsten Sitzung schriftlich beantworten.

[Hinweis der Schriftführung: Die Zusatzfrage von H. L. wurde am 26. Februar 2024 schriftlich beantwortet.]

Keine weiteren Wortmeldungen

2. Genehmigung der Niederschrift

2.1. Niederschrift über die 6. öffentliche Sitzung in der 21. Wahlperiode am 14.11.2023 **V+G/VGB 11/2024**

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 1 Enthaltung (Jürgewitz).

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GÖStVV **V+G/VGB 14/2024**

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4. Vorlagen/Vorträge

Es liegen keine Vorlagen vor.

5. Anträge

5.1. **Antrag - VHS als fester Sitzungsort für die
Stadtverordnetenversammlung (SPD, CDU, FDP)**

**V+G/VGB
17/2024**

Stadtverordneter MIHOLIC teilt mit, dass die Koalition eine langfristige Lösung für die Thematik der Räumlichkeit der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse beabsichtige zu finden.

Stadtverordneter MIHOLIC stellt folgenden Änderungsantrag:
Punkt 3 wird wie folgt ersetzt:

„3. Die Termine für die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und evtl. Ausschusssitzungen im Ella-Kappenberg-Saal des Friedrich-Schiller-Hauses haben Vorrang vor anderen Veranstaltungen. Zu diesem Zweck werden zwei Wochentage (Dienstag & Donnerstag) durchgängig für eine eventuelle Nutzung durch das Büro der STVV im Buchungskalender des Ella-Kappenberg-Saales geblockt. Sofern keine Nutzung durch das Büro der STVV erforderlich ist, werden die jeweiligen Termine spätestens sechs Wochen vorher zur Nutzung bzw. Vergabe für die VHS freigegeben.“

Stadtverordnete SCHILLER begrüßt, dass die Stadtverordnetenversammlung wieder im Ella Kappenberg Saal tagen soll. Sie führt aus, dass das Büro der Stadtverordnetenversammlung nicht verlegt werden sollte.
Sie stellt folgenden Änderungsantrag:
Der 4. Punkt wird gestrichen.

Stadtverordneter TIMKE sieht den Ella Kappenberg Saal grundsätzlich als geeignet an, weil er zentral gelegen und für viele Bürgerinnen und Bürger besser zu erreichen sei. Ihn störe jedoch, dass ein Blankoscheck für die Umbau-Arbeiten ausgestellt werden solle, ohne einen Überblick über die Kosten zu haben. Aus seiner Sicht hätte der Magistrat diese Umbaukosten erst ermitteln müssen und dann hätte es die politische Entscheidung geben sollen. Er kritisiert zudem, dass der Ella Kappenberg Saal als fester Sitzungsort festgeschrieben werde und plädiert dafür, dass er lediglich als bevorzugter Sitzungsort festgeschrieben werde.

Stadtverordneter TIMKE stellt folgenden Änderungsantrag:
„Punkt 1 wird wie folgt verändert:

1. Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung spricht sich für die Festlegung des Ella-Kappenberg-Saals als *festen bevorzugten* Sitzungsort der Stadtverordnetenversammlung aus.“

Stadtverordneter JÜRGEWITZ bittet um Mitteilung, warum dieser Antrag gestellt wurde.

Erste Beisitzerin VON TWISTERN antwortet, dass die Stadtverordnetenversammlung seit einigen Jahren ein Wanderzirkus sei und dieser Umstand durch diesen Antrag beendet werden solle. Das Bestreben der Koalition sei, dass die Stadtverordnetenversammlung künftig einen festen Tagungsort haben solle, welcher auch als solches auch so ausgewiesen sei. Der Tagungsort soll auch renoviert und ggf. umgebaut werden.

Stadtverordneter TIMKE betont, dass er nicht grundsätzlich gegen den Beschluss sei. Er möchte jedoch vorab wissen, mit welchen Kosten zu rechnen sei.

Erste Beisitzerin VON TWISTERN und Stadtverordneter MIHOLIC stellen einen Antrag auf Einzelabstimmung.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ findet die angedachte Trennung von Legislative und Exekutive sowie den Umzug vom Büro der Stadtverordnetenversammlung in die VHS gut. Er fragt in die Runde, ob diskutiert worden sei, ob auch die Fraktionen in der VHS entsprechende Arbeitsräume erhalten sollen.

Stadtverordnete KARGOSCHA verneint, dass die Fraktionen Räumlichkeiten in der VHS erhalten sollen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (Änderungsantrag Timke zu Ziffer 1):
Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 3 Ja-Stimmen (Brinkmann, Jürgewitz, Timke).

Beschluss (Antrag Ziffer 1):

1. Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung spricht sich für die Festlegung des Ella-Kappenberg-Saals als festen Sitzungsort der Stadtverordnetenversammlung aus.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (Brinkmann, Timke) und 1 Enthaltung (Jürgewitz).

Beschluss (Antrag Ziffer 2):

2. Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah Planungen aufzunehmen und ein Konzept zu entwickeln, wie entsprechende räumliche Anpassungen des Sitzungssaales, insbesondere der Bühne, sowie einer angemessenen technischen Ausstattung der einzelnen Plätze vorgenommen werden können.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

Beschluss (Änderungsantrag Miholic):

3. Die Termine für die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und evtl. Ausschusssitzungen im Ella-Kappenberg-Saal des Friedrich-Schiller-Hauses haben Vorrang vor anderen Veranstaltungen. Zu diesem Zweck werden zwei Wochentage (Dienstag & Donnerstag) durchgängig für eine eventuelle Nutzung durch das Büro der STVV im Buchungskalender des Ella-Kappenberg-Saales geblockt. Sofern keine Nutzung durch das Büro der STVV erforderlich ist,

werden die jeweiligen Termine spätestens sechs Wochen vorher zur Nutzung bzw. Vergabe für die VHS freigegeben.

Der Beschluss ergeht bei 3 Enthaltungen (Brinkmann, Jürgewitz, Timke).

Beschluss (Änderungsantrag Schiller zu Ziffer 4):

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 3 Ja-Stimmen (Brinkmann, Schiller, Timke) und 1 Enthaltung (Jürgewitz).

Beschluss (veränderte Vorlage):

1. Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung spricht sich für die Festlegung des Ella-Kappenberg-Saals als festen Sitzungsort der Stadtverordnetenversammlung aus.
2. Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah Planungen aufzunehmen und ein Konzept zu entwickeln, wie entsprechende räumliche Anpassungen des Sitzungssaales, insbesondere der Bühne, sowie einer angemessenen technischen Ausstattung der einzelnen Plätze vorgenommen werden können.
3. Die Termine für die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und evtl. Ausschusssitzungen im Ella-Kappenberg-Saal des Friedrich-Schiller-Hauses haben Vorrang vor anderen Veranstaltungen. Zu diesem Zweck werden zwei Wochentage (Dienstag & Donnerstag) durchgängig für eine eventuelle Nutzung durch das Büro der STVV im Buchungskalender des Ella-Kappenberg-Saales geblockt. Sofern keine Nutzung durch das Büro der STVV erforderlich ist, werden die jeweiligen Termine spätestens sechs Wochen vorher zur Nutzung bzw. Vergabe für die VHS freigegeben.
4. Das Büro der Stadtverordnetenversammlung hat seinen zukünftigen Sitz im Gebäude der VHS.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (Brinkmann, Timke) und 2 Enthaltungen (Jürgewitz, Schiller).

6. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

7. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

8. Verschiedenes

- Sondersitzungen des V&G-Ausschusses:
Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN teilt mit, dass für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Juni 2024 eine Wahl der Nachfolge für das Dezernat IV (Stadträtin/Stadtrat für Schule und Kultur) geplant ist.

Hierzu findet am 13. Februar 2024 um 16:00 Uhr eine öffentliche Sitzung statt, wo über den Ausschreibungstext beschlossen werden soll und am 29. April 2024 findet um 16:00 Uhr eine nicht öffentliche Sitzung statt, wo der V&G-Ausschuss entscheiden soll, welche Bewerberinnen und Bewerber eingeladen werden.

Die Vorstellungsgespräche sind für die reguläre Sitzung am 28. Mai 2024 geplant.

- Wahlprüfungsgericht Klagen
Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN informiert den Ausschuss, dass mit Datum vom 3. Januar 2024 der Landeswahlleiter Klage und einen Antrag auf einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO gegen die Stadtverordnetenversammlung beim Verwaltungsgericht Bremen eingelegt hat. Der Eilantrag wurde mit Datum vom 8. Januar 2024 abgelehnt. Mit Datum vom 11. Januar 2024 hat die Fraktion Bündnis Deutschland einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen die Stadtverordnetenversammlung beim Verwaltungsgericht Bremen eingelegt. Der Antrag wurde mit Datum vom 12. Januar 2024 abgelehnt. Mit Datum vom 15. Januar 2024 hat die Fraktion Bündnis Deutschland Beschwerde gegen den Beschluss vom 12. Januar 2024 eingelegt. Diese Beschwerde wurde vom Oberverwaltungsgericht am 17. Januar 2024 abgewiesen.
- Teilnahmerechte der Verwaltung an nicht öffentlichen Ausschusssitzungen
Stadtverordneter TIMKE bittet um Mitteilung, wann das Gutachten in Auftrag gegeben wurde und wie die Fristsetzung sei.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN antwortet, dass das Gutachten bisher noch nicht vorliege. Er werde in der nächsten Woche nochmal erinnern lassen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 16:36 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführung

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Littmann